

A N F R A G E von Pierre Dalcher (SVP, Schlieren), Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich),
Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch)

betreffend Rückbau des Gasnetzes in den Gemeinden

Seit Anfang September 2022 ist das neue Energiegesetz in Kraft. In diesem Gesetz wird vorgeschrieben, dass fossile Energieträger nur in Ausnahmefällen benutzt werden dürfen. In verschiedenen Gemeinden und Städten wurde bis vor kurzem die Benutzung der Energie in Gasform stark gefördert, ja, es gab sogar in den jeweiligen Gemeinden in den Energieverordnungen zugewiesene Energiebezugsarten. In den jeweiligen Gasreglementen findet man nun jedoch zum Teil die Vorschrift, dass bei Umstellung auf erneuerbare Energie der Heizungen der Gasanschluss in einer bestimmten Zeitspanne zurückgebaut werden muss. Dies löst eine kontroverse Situation aus. Verstärkt wird dies mit der Medienmitteilung vom 1. Dezember 2022 des Regierungsrates, indem er mitteilt, dass er Pilotprojekte von Erzeugung von Biogas aus landwirtschaftlichen Anlagen mit Einspeisung in das Gasnetz und auch die Speicherung der Energie unterstützen will.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Rückbau eines jeweiligen Gasanschlusses an eine Liegenschaft für den Regierungsrat zwingend?
2. Unterstützt der Regierungsrat die Meinung, dass die bestehenden Gasleitungen und Anschlüsse für eventuell kommende Krisenzeiten erhalten werden sollen?
3. Erachtet es der Regierungsrat als gerechtfertigt, dass die Kosten für den Rückbau des Gasanschlusses an den Hauseigentümer verrechnet werden?

Pierre Dalcher
Sonja Rueff-Frenkel
Janine Vannaz